

und

Ich erkläre,

a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung

bisher nicht gestellt habe. - Nummern **b)** und **c)** sind **nicht** auszufüllen -

bereits gestellt habe am - auch Nummer **b)** ist ausfüllen -

(Datum, Aktenzeichen, Gericht)

b) dass mir Restschuldbefreiung

erteilt wurde am - Nummer **c)** ist **nicht** auszufüllen -

(Datum, Aktenzeichen, Gericht)

versagt wurde am - auch Nummer **c)** ist auszufüllen -

(Datum, Aktenzeichen, Gericht)

c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund

rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten (§ 297 InsO).

vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).

vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).

Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO).

einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).

eines erst nach dem Schlusstermin oder nach Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben sowie des diesem Antrag beigefügten Verzeichnisses der Gläubiger.

Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Absatz 1 Nummer 6 InsO).

Ferner erteile ich folgende Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 Satz 1 InsO:

Lesen Sie hierzu die Erläuterungen im Merkblatt zur Restschuldbefreiung

Für den Fall der gerichtlichen Bestimmung eines Treuhänders (§ 288 Satz 2 InsO) trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für Dauer der Abtretungsfrist nach § 287 Abs. 2 InsO an den Treuhänder ab.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Fragebogen
zur Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse

1. Allgemeine Angaben

Antragsteller / Antragstellerin	Name:					
	Geburtsname:					
	früherer Name:					
	Anschrift:					
Telefon / Telefax	Geburtsdatum:					
	Geburtsort:					
	Telefon					
	Telefax					
Familienstand	Telefon mobil					
	e-mail					
	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet seit	<input type="checkbox"/> eingetr. Partnerschaft begründet seit	<input type="checkbox"/> geschieden seit	<input type="checkbox"/> getrennt lebend seit	<input type="checkbox"/> ver- witwet seit
	<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja, Anzahl:			
Unterhaltsberechtigte Personen	Erlerner Beruf:					
	<input type="checkbox"/> Zurzeit tätig als:					
	<input type="checkbox"/> Ehemals selbständig tätig als					
	vonbis					
Beteiligung am Erwerbsleben	<input type="checkbox"/> Zurzeit erwerbslos					
Name und Anschrift der Firma oder ehemaligen Firma						

2. Allgemeine Angaben zur Insolvenz

I. Erklärung zum Insolvenzgrund

- Ich bin
- zahlungsunfähig
- voraussichtlich nicht in der Lage, die bestehenden Zahlungspflichten bei Fälligkeit zu erfüllen (drohende Zahlungsunfähigkeit).

II. Kurze Darstellung der Ursachen der Insolvenz

III. Angaben zur wirtschaftlichen Tätigkeit

- Ich bin war tätig im Bereich
- Ich werde allgemein anwaltlich vertreten durch:
- Ich werde allgemein steuerlich beraten durch:

IV. Angaben zu den Gläubigern

Anzahl der Gläubiger insgesamt:

Höhe der Verbindlichkeiten insgesamt: EUR

Bestehen noch Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen (Lohn-, Gehaltsverbindlichkeiten, Sozialversicherungsbeitragsrückstände, Lohnsteuerrückstände, Arbeitnehmeranteile Berufsgenossenschaft) ?

ja

nein

3. Allgemeine Angaben zum (ehemaligen) Geschäftsbetrieb	
	Eintragung des Betriebs im Handelsregister: <input type="checkbox"/> Ja Nr. <input type="checkbox"/> Nein
I.	Mitarbeiter
	<p>1. Anzahl der noch beschäftigten Mitarbeiter:</p> <hr/> <p><input type="checkbox"/> keine Mitarbeiter mehr beschäftigt seit</p> <p>2. <input type="checkbox"/> Arbeitsverhältnisse gekündigt/aufgelöst</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, zum</p> <p>3. Sozialversicherungsbeiträge:</p> <p><input type="checkbox"/> keine Rückstände</p> <p><input type="checkbox"/> Rückstände i. H. v. EUR bei</p> <p>4. Gehalts/Lohnrückstände:</p> <p><input type="checkbox"/> keine Rückstände</p> <p><input type="checkbox"/> Rückstände i. H. v. EUR für folgende Mitarbeiter:</p>
II.	Geschäftsbetrieb, Geschäftsräume
	<p>1. Der Geschäftsbetrieb besteht noch <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>2. Geschäftsräume</p> <p><input type="checkbox"/> sind seit nicht mehr vorhanden.</p> <p><input type="checkbox"/> befinden sich noch unter der o. g. Anschrift.</p> <p>3. Die Räume sind</p> <p><input type="checkbox"/> angemietet <input type="checkbox"/> gepachtet zu einem monatlichen Entgelt i. H. v. EUR .</p> <p><input type="checkbox"/> Vermieter / Verpächter ist</p> <p>4. Der Vertrag ist</p> <p><input type="checkbox"/> noch nicht gekündigt oder aufgelöst.</p> <p><input type="checkbox"/> gekündigt zum</p> <p>5. Mietrückstände sind</p> <p><input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> vorhanden i. H. v. EUR ; <input type="checkbox"/> Mietsicherheit gestellt</p> <p>6. Der Vermieter / Verpächter hat ein Vermieterpfandrecht geltend gemacht.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>

III. Buchführung	
Buchhaltung	<input type="checkbox"/> Hausintern geführt bis: _____ <input type="checkbox"/> Extern geführt durch Steuerberater oder vergleichbare Person.
Steuerberater oder vergleichbare Person	_____ (Name, Vorname) _____ (Anschrift) _____ (Telefon, Telefax)
Steuererklärungen und Steueranmeldungen	Die letzte Einkommensteuererklärung wurde abgegeben für das Jahr - _____. Die letzte Gewerbesteuererklärung wurde abgegeben für das Jahr _____. Die letzte Umsatzsteuererklärung wurde abgegeben für das Jahr _____. Die letzte Umsatzsteuervoranmeldung wurde abgegeben für den Voranmeldungszeitraum _____. Die letzte Lohnsteueranmeldung wurde abgegeben für den Anmeldezeitraum _____.
Jahresabschluss	Der letzte Jahresabschluss wurde gefertigt für das Jahr _____.

IV. Unternehmenskennzahlen (Angaben sind erforderlich bei einem laufenden Geschäftsbetrieb)
<input type="checkbox"/> Im Jahresdurchschnitt des der Antragstellung vorangegangenen Jahres waren bei dem Schuldner / der Schuldnerin mindestens fünfzig Arbeitnehmer beschäftigt. <input type="checkbox"/> In dem der Antragstellung vorangegangenen Geschäftsjahr belief sich die Bilanzsumme des Unternehmens nach Abzug eines auf der Aktivseite ausgewiesenen Fehlbetrages im Sinne § 268 Abs. 3 des Handelsgesetzbuches auf mindestens 6.000.000 Euro. <input type="checkbox"/> In dem der Antragstellung vorangegangenen Geschäftsjahr betragen die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag mindestens 12.000.000 Euro. <input type="checkbox"/> Keine von diesen Unternehmenskennzahlen trifft zu.
4. Gläubigerverzeichnis
Dem Antrag ist ein Verzeichnis der Gläubiger und ihrer Forderungen <input type="checkbox"/> nach Anlage 1A (einfaches Gläubigerverzeichnis) Dieses Formular kann verwendet werden, wenn der Geschäftsbetrieb des Schuldners/der Schuldnerin eingestellt ist, die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses nicht beantragt wurde und der Schuldner/die Schuldnerin nicht die Merkmale des § 22a Absatz 1 InsO erfüllt. Das ist der Fall, wenn unter Ziffer III höchstens eine der Unternehmenskennzahlen angekreuzt ist. <input type="checkbox"/> nach Anlage 1B (qualifiziertes Gläubigerverzeichnis nach § 13 Absatz 1 Satz 4 bzw. Satz 6 InsO)

Dieses Formular für ein qualifiziertes Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nach § 13 Absatz 1 Satz 4 InsO ist zu verwenden, wenn der Geschäftsbetrieb des Schuldners/der Schuldnerin noch nicht eingestellt ist oder wenn bei eingestelltem Geschäftsbetrieb die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses beantragt wurde oder der Schuldner/die Schuldnerin die Merkmale des § 22a Absatz 1 InsO erfüllt (Das ist der Fall, wenn unter Ziffer III mindestens zwei der Unternehmenskennzahlen angekreuzt sind) oder Eigenverwaltung beantragt wird.

Das Formular kann von der Homepage des Amtsgerichts Charlottenburg - Formularservice- - heruntergeladen oder in der Infostelle des Amtsgerichts abgeholt werden.

beigefügt (***Hinweis: eines der Gläubigerverzeichnisse ist zwingend beizufügen***).

5. Vermögensübersicht

(Übersicht des vorhandenen Vermögens und des Einkommens)

I. Erklärung zur Vermögenslage

- Hiermit erkläre ich, dass ich über folgendes Vermögen und Einkommen verfüge.
 Weitergehende Angaben habe ich in den Ergänzungsblättern zum Vermögensverzeichnis (Anlagen 5 A ff.) gemacht.

1.	Vermögen	Ja	gemäß Ergänzung sblatt	Wert in EUR (Gesamtbetrag)	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
1.1	Bargeld <i>(auch in ausländischer Währung)</i>	<input type="checkbox"/>	-		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.2	Guthaben auf Girokonten, Sparkonten, Spar- und Bausparverträgen, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen	<input type="checkbox"/>	5 A		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.3	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z.B. Kameras, Waffen, optische Geräte u.ä.), wertvolle Bücher (Anzahl, Gesamtwert)	<input type="checkbox"/>	5 B		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
	Bauten auf fremden Grundstücken (z.B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	<input type="checkbox"/>	5 B		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.4	Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohnwagen, Motorräder, Mopeds usw.)	<input type="checkbox"/>	5 B		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.5	Forderungen gegen Dritte (Außenstände, rückständiges Arbeitseinkommen, Forderungen aus Versicherungsverträgen, Rechte und Ansprüche aus Erbfällen)	<input type="checkbox"/>	5 C		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.6	Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken	<input type="checkbox"/>	5 D		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.7	Aktien, Genussrechte oder sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder Genossenschaften	<input type="checkbox"/>	5 E		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.8	Rechte oder Ansprüche aus Urheberrechten, immaterielle Vermögensgegenstände (z.B. Patente)	<input type="checkbox"/>	5 F		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.9	Sonstiges Vermögen (z.B. wertvolles Werkzeug, Maschinen)	<input type="checkbox"/>	5 F		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

2.	Monatliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergänzung sblatt	Betrag monatlich netto in EUR	Sicherungsrechte (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
2.1	Durchschnittliches Arbeitseinkommen (netto) einschließlich Zulagen und Zusatzleistungen	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.2	Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosengeld, -hilfe, Unterhaltsgeld etc.)	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.3	Krankengeld	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.4	Rentenversicherungen, Betriebsrenten, Versorgungsbezüge (aus öffentlicher Kasse)	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.5	private Renten-, Spar- und sonstigen Versicherungsverträgen	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.6	Sonstige Sozialleistungen (wie z.B. Sozialhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld etc.)	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.7	Sonstige monatliche Einkünfte (wie z.B. Einkünfte aus Unterhaltszahlungen)	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

3.	Jährliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergänzung sblatt	Betrag jährlich netto in EUR	Sicherungs- rechte (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
3.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit (z.B. Weihnachtsgeld, Tantiemen, sonstige Gratifikationen usw.)	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.2	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.3	Einkünfte aus Kapitalvermögen	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.4	Sonstige jährliche Einkünfte	<input type="checkbox"/>	5 G		nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

4.	Sonstiger Lebensunterhalt	<input type="checkbox"/> Ich habe keine bzw. keine ausreichenden regelmäßigen Einkünfte nach Ziff. 2 und 3. Den notwendigen Lebensunterhalt bestreite ich durch: _____
-----------	----------------------------------	---

5.	Regelmäßig wiederkehrende Zahlungsverpflichtungen	Ja	gemäß Ergänzung sblatt	Betrag monatlich in EUR	Nein
5.1	Unterhaltsverpflichtungen	<input type="checkbox"/>	5 J	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt für ____ Personen <input type="checkbox"/> Barunterhalt für ____ Personen in Gesamthöhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
5.2	Wohnkosten (Miete etc.)	<input type="checkbox"/>	5 J	_____ EUR	<input type="checkbox"/>
5.3	Sonstige Verpflichtungen	<input type="checkbox"/>	5 J	_____ EUR	<input type="checkbox"/>

II. Erklärung zur Vermögens losigkeit	<input type="checkbox"/> Hiermit erkläre ich, dass ich mit Ausnahme des unter Punkt I. 4 bezeichneten Lebensunterhalts weder über die vorstehend aufgeführten Vermögenswerte noch über sonstige Vermögenswerte verfüge (Vermögenslosigkeit).
--	--

III. Erklärung zu Schenkungen und Veräußerungen	Ich habe in den letzten vier Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens Geld oder Gegenstände verschenkt (Gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke geringen Werts sind nicht anzugeben).	nein <input type="checkbox"/> ja, im Gesamtwert von _____ EUR <input type="checkbox"/> gemäß Ergänzungsblatt 5 K
	Ich habe in den letzten zwei Jahren Vermögensgegenstände an nahestehende Personen veräußert.	nein <input type="checkbox"/> ja, im Gesamtwert von _____ EUR <input type="checkbox"/> gemäß Ergänzungsblatt 5 K

IV. Versicherung (§ 305 Absatz 1 Nr. 3 InsO)	<u>Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Vermögensübersicht enthaltenen Angaben versichere ich.</u> Mir ist bekannt, dass Falschangaben strafbar sein können, und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).
---	---

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vermögensverzeichnis

(ausführliches Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und des Einkommens)

Hinweis: Das Vermögensverzeichnis ist immer dann auszufüllen, wenn in der Vermögensübersicht eine Frage nach Vermögen mit „Ja“ beantwortet wurde. Nur wenn in der Übersicht alles mit „nein“ beantwortet wurde, kann auf das Vermögensverzeichnis verzichtet werden.

**I.
Erklärung zum
Vermögensverze
ichnis**

Hinsichtlich meines Vermögens und meiner Einkünfte nehme ich auf die Angaben in der Vermögensübersicht Bezug.

- Ich ergänze diese Angaben entsprechend den beiliegenden und in der Vermögensübersicht bereits bezeichneten Ergänzungsblättern:
- 5 A (Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)
 - 5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)
 - 5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)
 - 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)
 - 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)
 - 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)
 - 5 G (Laufendes Einkommen)
 - 5 H (Sicherungsrechte und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)
 - 5 J (Regelmäßig wiederkehrende Zahlungsverpflichtungen)
 - 5 K (Schenkungen und Veräußerungen)

Ich versichere, dass ich in den nicht beigefügten Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen habe.

**II.
Versicherung
(§ 305 Absatz 1
Nr. 3 InsO)**

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Vermögensverzeichnis und in den beigefügten Ergänzungsblättern enthaltenen Angaben versichere ich.

Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können, und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ergänzungsblatt 5 A

zum Vermögensverzeichnis des / der _____

**Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen,
Darlehnsforderungen**

1.	Guthaben auf Konten <i>(Bezeichnung der Kontonummern, genaue Bezeichnung der kontoführenden Stelle)</i>	Stichtag	Guthaben in EUR
1.1	Giro-, Gehaltskonten		
1.2	Termin- oder Festgeldkonten		
1.3	Fremdwährungsgeldkonten		
1.4	Sparkonten, Sparverträge		
1.5	Raten- und Bausparverträge		
1.6	Sonstige Spareinlagen		

2.	Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen <i>(genaue Bezeichnung, insbesondere Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)</i>	Stichtag	Kurs- oder Verkehrswert in EUR
2.1	Investmentfondsanteile (Typ, Fälligkeitsdatum)		
2.2	Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen (Typ, Fälligkeitsdatum)		
2.3	Schuldbuchforderungen		
2.4	Wechselforderungen		
2.5	Scheckforderungen		
2.6	Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden		
2.7	Gesellschafterdarlehen		
2.8	sonstige Forderungen aus Darlehen oder ähnlichen Geldanlagen		

Ergänzungsblatt 5 B
zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge

1.	Hausrat, sonstiges Mobiliar oder Wertgegenstände	Wert in EUR (Gesamtbetrag)
1.1	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z.B. Kameras, Waffen, Sportgeräte, optische Geräte u.ä.)	
1.2	sonstige Wertgegenstände (wie z.B. wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Sammlungen, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen etc.)	
1.3	Bauten auf fremden Grundstücken (z.B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	

2.	Kraftfahrzeuge <i>(Bitte Kennzeichen, Typ, Baujahr, km-Leistung und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben)</i>	Wert in EUR
2.1	PKW	
2.2	LKW	
2.3	Wohnwagen, Anhänger u.ä.	
2.4	Motorräder, Mopeds u.ä.	
2.5	land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Geräte u.ä.	

3.	Erklärung zu unpfändbaren Gegenständen
	<p><input type="checkbox"/> Die Gegenstände unter laufender Nummer _____ werden zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit benötigt.</p> <p>Begründung:</p>

Ergänzungsblatt 5 C
zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Forderungen (z.B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

1.	Forderungen	Wert in EUR
1.1	Forderungen aus Versicherungsverträgen <i>(Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. Beitragserstattung, ggfs. Rückkaufwert, Name des Begünstigten)</i>	
1.1.1	Kapital-Lebensversicherungsverträge, Sterbekassen	
1.1.2	private Rentenversicherungen	
1.1.3	private Krankenversicherung	
1.1.4	sonstige Versicherungen (z.B. Ansprüche gegen Hausrat-, Haftpflichtversicherung, sonstige verwertbare Versicherung)	
1.2	Rückständiges Arbeitseinkommen	
	Name / Firma des Arbeitgebers	
	vollständige Anschrift des Arbeitgebers	
	Art des rückständigen Einkommens (z.B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, rückständiger Lohn von – bis)	
1.3	Steuererstattungsansprüche	
	Finanzamt	
	Steuernummer	Die Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für das Kalenderjahr
1.4	Sonstige Zahlungsansprüche, z.B. aus Schadensfällen oder aus noch nicht erfüllten Verträgen <i>(ggf. gesonderte Anlage beifügen)</i>	
	Name / Firma des Schuldners	
	vollständige Anschrift des Schuldners	
	Art des Zahlungsanspruchs (z.B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, rückständiger Lohn von – bis)	

	Rechte und Ansprüche aus Erbfällen	Wert in EUR
	<i>(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft etc.)</i>	

Ergänzungsblatt 5 D

zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken

1. Genaue Bezeichnung des Grundvermögens (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)				
lfd. Nr.	Lage des Objektes (Straße, Ort), Nutzungsart	Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	Eigentumsanteil	Verkehrswert in EUR (ca.)
1.1 1.1.1	Eigentum an Grundstücken oder Eigentumswohnungen			
1.2 1.2.1	Erbbaurechte			
1.3 1.3.1	Grunddienstbarkeiten, Nießbrauchsrechte			
1.4 1.4.1	Sonstige im Grundbuch eingetragene Rechte			

2. Belastungen dieses Grundvermögens (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)				
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastung	Grundbucheintragung in a) Abteilung b) lfd. Nr	Name des Gläubigers	derzeitige Belastung (Wert) in EUR

3. Ist die Zwangsversteigerung oder –verwaltung dieses Grundstückes angeordnet?				
lfd. Nr. zu 1.	Zwangsversteigerung	Zwangsverwaltung	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)	

Ergänzungsblatt 5 E

zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)

1. Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KGaA) – evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRB – Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
1.1				

2. Beteiligung an Personengesellschaften (oHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, EWIV u.ä.) – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA – Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
2.1				

3. Beteiligungsform als stiller Gesellschafter – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift des Unternehmens b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA / HRB – Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
3.1				

4. Beteiligungen an Genossenschaften (auch Anteile von Genossenschaftsbanken, Spar- und Darlehnskassen) – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter Nr.	Geschäftsguthaben in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR	
4.1				

Ergänzungsblatt 5 F
zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen

1. Immaterielle Vermögensgegenstände (z.B. Urheber-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte)		
lfd. Nr.	Genaue Bezeichnung und – soweit registriert - Angabe der Registerbehörde (z.B. Deutsches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u.ä.	Wert in EUR
1.1		
2. Sonstiges Vermögen		
lfd. Nr.		Wert in EUR
2.1		

Ergänzungsblatt 5 G

zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Laufendes Einkommen

I. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und sonstigen Dienstverhältnissen

Berufliche Tätigkeit (Aufgabenbereich)	Berufliche Tätigkeit				
Genauer Name (Firma) und Anschrift des Arbeitgebers oder der sonstigen auszahlenden Stelle	Name / Firma				
	Straße		Hausnummer		
	PLZ	Ort			
	Personal-Nr. o.ä. :				
	<input type="checkbox"/> Lohn- oder Gehaltsbescheinigungen der letzten 2 Monate sind beigefügt				
			Zahlungsweise	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Auszahlungsbetrag in EUR
1. Arbeitseinkommen	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	monatlich		
2. Zulagen (durchschnittlich)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	monatlich		
3. Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers (z.B. vermögenswirksame Leistungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	monatlich		
4. Weihnachtsgeld	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	jährlich		
5. Urlaubsgeld	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	jährlich		
6. Einkünfte aus sonstigen Dienstverhältnissen, Aufwandsentschädigungen und gewinnabhängige	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	monatlich		
			jährlich		
7. Abfindungen bei Beendigung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	gesamt		

II. Einkünfte im Rahmen des Ruhestands

			Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Auszahlungsbetrag in EUR
1. Leistungen der Rentenversicherung	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Rentenbescheid ist beigefügt		
2. Versorgungsbezüge	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Versorgungsbescheid ist beigefügt		
3. Betriebsrenten	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Rentenbescheid ist beigefügt		

4. Sonstige fortlaufende Einkünfte infolge des Ausscheidens aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Nachweis ist beigelegt		
5. Renten aus privaten Versicherungs- oder Sparverträgen	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Nachweis ist beigelegt		

III. Unterhaltszahlungen

Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja, Name und Anschrift der zahlungspflichtigen Person			monatlich netto in EUR
Name		Vorname		
Straße			Hausnummer	
PLZ	Ort			

IV. Einkünfte aus öffentlichen Kassen (z.B. gesetzliche Arbeitslosenversicherung, Sozialleistungen)

			monatlich netto in EUR
1. Arbeitslosengeld	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	
2. Arbeitslosenhilfe	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	
3. Krankengeld	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	
4. Sozialhilfe	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	
5. Wohngeld	Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	
6. Unterhaltsgeld	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigelegt	

. Kindergeld	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:	
		<input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt	
8. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:	
		<input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt	
9. Hinterbliebenen-, Unfall-, Kriegsopferrenten	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:	
		<input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt	
10. Sonstige Leistungen aus öffentlichen Kassen	Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:	
		<input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt	

V. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung			
Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Bezeichnung des Miet- oder Pachtobjekts: Name und Anschrift des Mieters oder Pächters: <input type="checkbox"/> Miet- oder Pachtvertrag ist beigefügt	jährlich brutto in EUR

VI. Zinseinkünfte und sonstige laufende Einkünfte			
Nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar:	Nettobetrag in EUR	
		monatlich	jährlich

Ergänzungsblatt 5 H
zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

1. Eigentumsvorbehalte, Sicherungsübereignungen				
lfd. Nr.	Gegenstände	Datum der Vereinbarung	Name und Anschrift des Verkäufers bzw. Sicherungsnehmers	Restschuld (ca.) in EUR
1.1				

2. Lohnabtretungen, Sicherungsabtretungen				
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung (z.B. Lohn/Gehalt, Ansprüche aus Lebensversicherung)	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Lohnabtretungsgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
2.1				

3. Freiwillige Verpfändungen				
lfd. Nr.	Gegenstand bzw. Forderung	Datum der Verpfändung	Name und Anschrift des Pfandgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
3.1				

4. Zwangsvollstreckungen und Pfändungen				
lfd. Nr.	Gegenstand u. Datum der Zwangsvollstreckung / Pfändung (mit Gerichtsvollzieher und DR-Nr. des Pfändungsprotokolls bzw. Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses)	Datum der Pfändungsmaßnahme	Name und Anschrift des Gläubigers	Restschuld (ca.) in EUR
4.1				

Ergänzungsblatt 5 J

zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen

I. Unterhaltsleistungen an Angehörige	Name, Vorname und Geburtsdatum, Anschrift (nur, wenn sie von Ihrer Anschrift abweicht)	Familienverhältnis (<i>Kind, Ehegatte, Eltern Lebenspartner, usw.</i>)	Unterhaltsleistung	Eigene Einnahmen der Empfänger
1.			Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Barunterhalt, monatlich netto EUR	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto EUR <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
2.			Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Barunterhalt, monatlich netto EUR	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto EUR <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
3.			Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Barunterhalt, monatlich netto EUR	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto EUR <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
4.			Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Barunterhalt, monatlich netto EUR	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto EUR <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
5.			Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Barunterhalt, monatlich netto EUR	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto EUR <input type="checkbox"/> Nicht bekannt

II. Wohnkosten	Wohnungsgröße in qm	Kaltmiete monatlich in EUR	Nebenkosten monatlich in EUR	Gesamtmiete monatlich in EUR	Ich zahle darauf monatlich EUR	Mitbewohner zahlen monatlich EUR
III. Weiter wesentliche Zahlungsverpflichtungen, besondere Belastungen	Art der Verpflichtung bzw. außergewöhnlichen Belastung (z.B. Zahlungen an Versicherungen, Strom-, Telefonkosten, längerfristig laufende Verträge, Pflege- und Krankheitsaufwendungen)				Monatliche Höhe der Verpflichtung bzw. Belastung	Mitverpflichtete zahlen darauf monatlich in EUR
	<input type="checkbox"/> Belege sind beigelegt.					

Ergänzungsblatt 5 K
zum Vermögensverzeichnis des / der _____

Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen
(§§ 132, 133, 134 InsO)

1. Schenkungen von Geld und Gegenständen				
<input type="checkbox"/> Ich habe in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgendes Geld oder folgende Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Geschenke von geringem Wert sind nicht anzugeben):				
lfd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
1.1				

2. Veräußerung von Vermögensgegenständen an nahestehende Personen				
<input type="checkbox"/> Ich habe in den letzten 2 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgender nahestehenden Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderungen) entgeltlich veräußert:				
lfd. Nr.	Name der nahestehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
2.1	<input type="checkbox"/> Ehegatte oder Lebenspartner (vor, während oder nach der Ehe oder Lebenspartnerschaft)			
2.2	<input type="checkbox"/> Lebensgefährte oder andere Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben.			
2.3	<input type="checkbox"/> Kinder oder Enkelkinder			
2.4	<input type="checkbox"/> meine oder meines Ehegatten Eltern, Großeltern, Geschwister und Halbgeschwister			
2.5	<input type="checkbox"/> Ehegatten der zuvor genannten Personen			

6. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten

Ich nehme zur Kenntnis, dass ich gesetzlich verpflichtet bin, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen, insbesondere auch jede Auskunft, die zur Entscheidung über diesen Antrag erforderlich ist (§§ 20, 97 InsO).

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden sowie der in den beigefügten Unterlagen gemachten Angaben.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 1A

Zum Eröffnungsantrag des/der _____

vom _____

Vereinfachtes Gläubiger- und Forderungsverzeichnis*
(Verzeichnis der Gläubiger und ihrer gegen den Schuldner gerichteten Forderungen)

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Nahe- stehende Person § 138	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kosten	Forderung tituliert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforderun- gen des Gläu- bigers in EUR
					Höhe in EUR	berechnet bis zum				
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		
		○						○		

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Gläubigerverzeichnis enthaltenen Angaben. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können.

(Ort, Datum)_____
(Unterschrift)

* Dieses Formular kann verwendet werden, wenn der Geschäftsbetrieb des Schuldners/der Schuldnerin eingestellt ist, die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses nicht beantragt wurde und der Schuldner/die Schuldnerin nicht die Merkmale des § 22a Absatz 1 InsO erfüllt (vgl. hierzu Ziffer V. des Eröffnungsantrags).

Anlage 1B

zum Eröffnungsantrag des/der _____ vom _____

Qualifiziertes Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nach § 13 Absatz 1 Satz 4 InsO¹ (Verzeichnis der Gläubiger und ihrer gegen den Schuldner gerichteten Forderungen)

1. Gläubiger mit den drei höchsten Hauptforderungen:

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kos- ten	Forde- rung tituliert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforde- rungen des Gläubigers in EUR
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

2. Gläubiger mit den drei höchsten gesicherten Hauptforderungen:

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kos- ten	Forde- rung tituliert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforde- rungen des Gläubigers in EUR
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

¹ Dieses Formular für ein qualifiziertes Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nach § 13 Absatz 1 Satz 4 InsO ist zu verwenden, wenn der Geschäftsbetrieb des Schuldners/der Schuldnerin noch nicht eingestellt ist oder wenn bei eingestelltem Geschäftsbetrieb die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses beantragt wurde oder der Schuldner/die Schuldnerin die Merkmale des § 22a Absatz 1 InsO erfüllt oder Eigenverwaltung beantragt wird.

							<input type="checkbox"/>		
--	--	--	--	--	--	--	--------------------------	--	--

3. Forderungen der Finanzverwaltung:

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kosten	Forderung tituliert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforderungen des Gläubigers in EUR
				Höhe in EUR	berechnet bis zum				
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

4. Forderungen der Sozialversicherungsträger:

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kosten	Forderung tituliert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforderungen des Gläubigers in EUR
				Höhe in EUR	berechnet bis zum				
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

5. Forderungen aus betrieblicher Altersversorgung:

		○						<input type="checkbox"/>		
		○						<input type="checkbox"/>		
		○						<input type="checkbox"/>		

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Gläubigerverzeichnis enthaltenen Angaben. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Merkblatt über das Verfahren zur Restschuldbefreiung

1. Erteilung der Restschuldbefreiung

Voraussetzung für die Erteilung der Restschuldbefreiung ist, dass Sie

- a) einen eigenen **Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens** stellen
- b) einen **Antrag auf Restschuldbefreiung** stellen, der mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens verbunden werden soll
- c) dem Antrag die **Erklärung** beifügen, dass Sie Ihre pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von **drei Jahren** nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. **fünf Jahren** für den Fall, dass bereits Restschuldbefreiung in drei Jahren nach den ab dem 01.10.2020 geltenden Vorschriften erlangt wurde, an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder abgetreten werden;
- d) ferner die **Erklärung** beifügen,
 - ob Ihnen in den letzten **zehn** Jahren (bzw. **elf** Jahren, sofern Ihnen für einen nach dem 01.10.2020 gestellten Antrag bereits Restschuldbefreiung erteilt worden ist) vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag die Restschuldbefreiung erteilt oder
 - ob Ihnen die Restschuldbefreiung in den letzten **fünf Jahren** vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag nach § 297 InsO versagt worden ist oder
 - ob Ihnen in den letzten **drei Jahren** vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 Nummer 5, 6 oder 7 oder nach § 296 InsO versagt worden ist bzw. wenn eine nachträgliche Versagung nach § 297a InsO vorliegt und diese auf Gründe nach § 290 Abs. 1 Nummer 5, 6 oder 7 InsO gestützt worden ist.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Erklärung haben sie zu versichern, § 287 Abs. 1 S. 4 InsO.

Das Insolvenzgericht entscheidet über die Restschuldbefreiung nach Ende der Abtretungsfrist. Die Abtretung erfolgt für die Dauer der in § 287 Abs. 2 InsO festgelegten Abtretungsfrist. Sie beginnt mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens und endet nach der **Reform des Insolvenzrechts**, die **rückwirkend zum 01.10.2020** in Kraft getreten ist, grundsätzlich **drei Jahre nach Eröffnung**.

Haben Sie bereits Restschuldbefreiung in drei Jahren nach den ab dem 01.10.2020 geltenden Vorschriften erlangt, so beträgt die Abtretungsfrist **fünf Jahre**.

Die Abtretungsfrist kann früher enden und die Abtretung damit für die Zukunft gegenstandslos werden, wenn Ihnen auf Ihren Antrag hin bereits vorher eine Restschuldbefreiung erteilt wurde, weil im Verfahren kein Insolvenzgläubiger eine Forderung angemeldet hat oder alle Insolvenzforderungen befriedigt und auch alle sonstigen Masseverbindlichkeiten neben den Verfahrenskosten gezahlt sind.

2. Versagung der Restschuldbefreiung

Die Restschuldbefreiung ist durch Beschluss zu versagen, wenn dies von einem Insolvenzgläubiger, der seine Forderung angemeldet hat, beantragt worden ist und wenn der Schuldner

- a. in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuchs (Bankrottdelikte, Verletzung der Buchführungspflicht, Gläubigerbegünstigung) rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden ist;
- b. in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig schriftlich unrichtige oder unvollständige Angaben über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat, um einen Kredit zu erhalten, Leistungen aus öffentlichen Mitteln zu beziehen oder Leistungen an öffentliche Kassen zu vermeiden;
- c. in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig die Befriedigung der Insolvenzgläubiger dadurch beeinträchtigt hat, dass er unangemessene Verbindlichkeiten begründet oder Vermögen verschwendet oder ohne Aussicht auf eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage die Eröffnung des Insolvenzverfahrens verzögert hat;
- d. Auskunft- oder Mitwirkungspflichten nach diesem Gesetz vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat;
- e. in der nach § 287 Abs. 1 S. 3 InsO vorzulegenden Erklärung und in den nach § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO vorzulegenden Verzeichnissen seines Vermögens und seines Einkommens, seiner Gläubiger und der gegen ihn gerichteten Forderungen vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat;

- f. seine Erwerbsobliegenheit nach § 287 b InsO verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtigt; dies gilt nicht, wenn den Schuldner kein Verschulden trifft.

Erwerbsobliegenheit nach § 287 b InsO bedeutet: Der Schuldner ist verpflichtet, ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben und wenn er ohne Beschäftigung ist, sich um eine solche zu bemühen und keine zumutbare Tätigkeit abzulehnen.

3. Obliegenheit des Schuldners im Zeitraum nach Beendigung des Insolvenzverfahrens bis zum Ende der Abtretungsfrist

In dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist obliegt es dem Schuldner gem. § 295 InsO:

- a) eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben. Wenn er ohne Beschäftigung ist, hat er sich um eine solche zu bemühen und keine zumutbare Tätigkeit abzulehnen;
- b) Vermögen, das er von Todes wegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht oder durch Schenkung erwirbt, zur Hälfte des Wertes sowie Vermögen, das er als Gewinn in einer Lotterie, Ausspielung oder in einem anderen Spiel mit Gewinnmöglichkeit erwirbt, zum vollen Wert an den Treuhänder herauszugeben; von der Herausgabepflicht sind gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke und Gewinne von geringem Wert ausgenommen;
- c) jeden Wechsel des Wohnsitzes oder der Beschäftigungsstelle unverzüglich dem Insolvenzgericht und dem Treuhänder anzuzeigen;
- d) keine von der Abtretungserklärung erfassten Bezüge und kein unter b. genanntes Vermögen zu verheimlichen, sondern unaufgefordert dem Gericht und dem Treuhänder anzuzeigen;
- e) dem Insolvenzgericht und dem Treuhänder auf Verlangen Auskunft über seine Erwerbstätigkeit oder seine Bemühungen zur Erlangung einer Erwerbstätigkeit sowie über seine Bezüge und sein Vermögen zu erteilen;
- f) Zahlungen zur Befriedigung der Insolvenzgläubiger nur an den Treuhänder zu leisten und keinem Insolvenzgläubiger einen Sondervorteil zu verschaffen;
- g) bei Ausübung oder Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den Treuhänder so zu stellen, als ob er ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wäre;
- h) keine unangemessenen Verbindlichkeiten zu begründen.

Auf Antrag des Schuldners stellt das Insolvenzgericht fest, ob ein Vermögenserwerb nach b. von der Herausgabeobliegenheit ausgenommen ist.

4. Verstoß gegen Obliegenheiten nach Nummer 3.

Verstößt der Schuldner gegen eine der vorstehenden Obliegenheiten schuldhaft und wird dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger beeinträchtigt, versagt ihm das Gericht die Restschuldbefreiung, wenn ein Gläubiger dies innerhalb eines Jahres ab Kenntnis der Pflichtverletzung beantragt. Gleiches gilt, wenn der Schuldner über die Erfüllung seiner Pflichten keine Auskunft erteilt oder seine Auskunft nicht an Eides statt versichert.

Das Gericht hat die Restschuldbefreiung in gleicher Weise auf Antrag eines Insolvenzgläubigers zu versagen,

- wenn der Schuldner zwischen dem Schlusstermin und der Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Straftat nach den §§ 283 - 283 c StGB (Bankrottdelikte, Verletzung der Buchführungspflicht, Gläubigerbegünstigung) rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt wird (§ 297 Abs. 1 InsO);

- wenn sich nach dem Schlusstermin oder im Falle des § 211 InsO nach der Einstellung wegen Masseunzulässigkeit herausstellt, dass ein unter 2. genannter Versagungsgrund nach § 290 Abs. 1 InsO vorgelegen hat.

Auf Antrag des Treuhänders ist die Restschuldbefreiung zu versagen, wenn die an ihn für das vorangegangene Jahr von dem Schuldner abgeführten Beträge nicht die Mindestvergütung des Treuhänders decken. Der Schuldner kann die Versagung der Restschuldbefreiung aus diesem Grund abwenden, wenn er innerhalb einer vom Treuhänder gesetzten Frist die Mindestvergütung zahlt (§ 298 InsO). Dies gilt nicht, wenn die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 4 a InsO gestundet wurden.

5. Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der Abtretungsfrist

Am Ende der Wohlverhaltensperiode erteilt das Gericht nach Anhörung des Schuldners, der Insolvenzgläubiger, des Insolvenzverwalters oder Treuhänders dem Schuldner die Restschuldbefreiung, sofern kein Antrag eines Insolvenzgläubigers oder des Treuhänders auf Versagung vorliegt und er seine Pflichten erfüllt hat. Dem Schuldner sind damit die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bestehenden Schulden erlassen, nicht aber die nach diesem Zeitpunkt begründeten Schulden.

Ausgenommen davon sind:

- Verbindlichkeiten des Schuldners aus
 - > einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung,
 - > rückständigem gesetzlichen Unterhalt, den der Schuldner vorsätzlich pflichtwidrig nicht gewährt hat,
 - > einem Steuerschuldverhältnis, sofern der Schuldner im Zusammenhang damit wegen einer Steuerstraftat nach den §§ 370 (Steuerhinterziehung), 373 (gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel) oder 374 (Steuerhehlerei) der Abgabenordnung rechtskräftig verurteilt worden ist;
- die der Gläubiger unter Angabe dieses Rechtsgrundes angemeldet hat;
- Geldstrafen, Geldbußen, Zwangs- oder Ordnungsgelder;
- Verbindlichkeiten aus zinslosen Darlehen, die dem Schuldner zur Begleichung der Kosten des Insolvenzverfahrens gewährt wurden.

6. Widerruf der Restschuldbefreiung

Das Insolvenzgericht widerruft die Erteilung der Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn

- sich nachträglich herausstellt, dass der Schuldner eine seiner Obliegenheiten vorsätzlich verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger erheblich beeinträchtigt hat;
- sich nachträglich herausstellt, dass der Schuldner während der Abtretungsfrist wegen einer Straftat nach den §§ 283 - 283 c StGB (Bankrottdelikte, Verletzung der Buchführungspflicht, Gläubigerbegünstigung) rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden ist oder der Schuldner erst nach Erteilung der Restschuldbefreiung wegen einer bis zum Ende der Abtretungsfrist begangenen solchen Straftat verurteilt wird;
- der Schuldner nach Erteilung der Restschuldbefreiung Auskunfts- oder Mitwirkungspflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat, die ihm nach diesem Gesetz während des Insolvenzverfahrens obliegen.

7. Eintragung in das Schuldnerverzeichnis

Wurde die Restschuldbefreiung gem. §§ 290, 296, 297 oder 297a InsO oder auf Antrag eines Insolvenzgläubigers nach § 300 Abs. 2 InsO versagt oder wurde die Restschuldbefreiung widerrufen, ordnet das Insolvenzgericht die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO an.

**Dieses Merkblatt dient nur der allgemeinen
Information und erhebt keinen Anspruch auf
Vollständigkeit.**